

Nichtöffentlicher Teil

Beginn: 22:25

Ende: 22:45

- 14 Bauantrag Az 00208-08-17
Vorlage: BV/BAU/042/2008
- 15 Bauantrag Az 00381-08-34
Vorlage: BV/BAU/043/2008
- 16 Anfragen und Mitteilungen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 **Begrüßung durch den Vorsitzenden**
Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder und die Gäste Frau May-Hähnel sowie Herrn Eckart.
- zu 2 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung**
Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.
- zu 3 **Einwohnerfragestunde**
Frau May-Hähnel:
Bisher keine Antwort auf die Frage nach dem Stand der Regulierung zum Versicherungsschaden Gehweg Steinfeld vom BGM.
Herr Zentsch will sich nun persönlich um die Angelegenheit beim BGM kümmern und wird Frau May-Hähnel informieren.
Frau May-Hähnel:
Fragt, wie weit es mit dem HH 2007 ist, denn bereits auf der GV v. 6.2. bat sie um die Information, aus welcher HHST die Einnahmen für die Anmietung Gemeindebüro in 2007 hervorgehe und wer hier gemietet hätte. Bis heute fehlt die Info vom BGM.
Herr Zentsch fragt nach und wird sich um die Auflistung für den Monat Dezember aus 2007 kümmern. Info dazu kommt im nächsten BA.
- zu 4 **Änderungsanträge zur Tagesordnung**
Frau Diltrich stellt den Antrag für TOP 14 "Sonstiges" im öffentlichen Teil und fragt nach, unter welchem TOP das Thema "Ortsdurchfahrt Steinfeld" behandelt wird.
Herr Meier merkt an, er hätte heute die Ausführungen von Herr Grunow im Briefkasten gehabt. Da keine Eile gegeben ist, sollte das Thema auf die nächste GV verschoben werden.
Herr Zentsch schlägt vor, dies im TOP 8 einzufügen.
Zum TOP 11 soll sich der Ausschuss eine Position erarbeiten, wie das Thema an die GV heranzutragen ist. Damit entfällt der Antrag TOP 14 "Sonstiges".

Abstimmungsergebnis:

Ja - Stimmen: 6
Nein - Stimmen: 0
Stimmenthaltung: 0

Auf die Vorlage, welche allen Ausschussmitgliedern zugegangen ist, wird verwiesen. Sie ist Bestandteil der Niederschrift und der Urschrift als Anlage beigelegt.

zu 5 **Billigung des Protokolls der letzten Sitzung**

Frau Dittrich gibt den Hinweis, dass die wortgenauen Ergänzungen von Herrn Meier so nicht im Protokoll berücksichtigt werden können. Es gäbe hierzu eine rechtmäßige Abstimmung mit der Rechtsaufsicht und dem Amt. Änderungen können nur in der darauf folgenden Sitzung mehrheitlich beschlossen werden.
Herr Grunow schlägt vor, diese Änderungen so ins Protokoll als Anhang mit aufzunehmen.

Frau Dittrich:

Ergänzen Seite 3/8 oben Entgelte über die Nutzung des Gemeindebüros regeln sich nach der Satzung "Nutzung des Gemeindebüros".

Ergänzen Seite 6/8 hinter der Wortmeldung von Herrn Zentsch ...

Herr Grunow:

Es sollten Vertragsverhandlungen mit allen Nachbargemeinden und Sanitz aufgenommen werden.

Darunter soll ergänzt werden:

Zusammenfassung:

Die Ausschussmitglieder sehen für die Gemeinde Steinfeld kein Erfordernis, in das SUR - Gebiet einbezogen zu werden und empfehlen der GV, den BGM nicht zu ermächtigen, das Rahmenkonzept zu unterzeichnen.

Änderung zum Abstimmungsergebnis Seite 7/8 oben **Nein -Stimmen 7 auf 0**

Streichung des Satzes darunter: Der Ausschuss stimmt der Beschlussvorlage nicht zu.

zu 6 **Beratung Ausgleichsmaßnahmen im Zusammenhang mit WKA Grünausgleich**

Herr Zentsch informiert darüber, dass er heute um 17.30 Uhr von Bauer Kühn angerufen wurde. Er wäre bereit, mit unserer Gemeinde zu kooperieren, da er auf seinem Grundstück auch Auflagen zu erfüllen hätte bzgl. Bepflanzung.

Herr Meier fragt, warum in seinen Unterlagen die Niederschrift zum Arbeitsgespräch im Umweltamt fehlt und bittet um die Ergänzung zum Protokoll. Herr Noack fehlt diese ebenfalls.

Frau Dittrich berichtet vom Arbeitsgespräch aus der Niederschrift. Herr Meier war als krank entschuldigt und bei dem Treffen im Umweltamt nicht mitanwesend. (Anlage 1)

Herr Meier fragt, welche Aktivitäten nun konkret durch wen organisiert werden, da der BGM es nicht allein schafft.

Frau Dittrich hat mit Bauer Kühn gesprochen, er wäre interessiert, die Straße zwischen Fienstorf und Öfthenhåven zu bepflanzen, da er größtenteils Eigentümer der Flächen in Steinfeld und Fienstorf ist.

Herr Noack gibt den Hinweis, dass niemand alleine loslaufen sollte.

Frau Dittrich sagt, dass Herr Kühn es nicht so toll fand, das er von der Pflanzidee aus der Zeitung erfahren musste.

Herr Noack fragt, warum der Weg zwischen Albertsdorf und Fienstorf nicht mit drin ist.

Frau Dittrich antwortet, dass Herr Polzin erwägt sich für den Weg zwischen Fienstorf und Steinfeld sowie Fienstorf und Öffenhäven zu entscheiden und entlang der Carbäk wegen der Naturbelassenheit und Aufwertung.

Herr Meier hat anlässlich der letzten GV Sitzung dem BGM eine Liste zur Verfügung gestellt mit dem Vorschlag zur Bildung einer Arbeitsgruppe, die die Vorbereitungen leisten und Gespräche führen sollten.

Herr Noack schlägt vor, dass in dieser Arbeitsgruppe Herr Meier und Frau Dittrich sinnvoll wären.

Herr Grunow stellt den Antrag, der GV auf ihrer nächsten Sitzung zu empfehlen, dass Herr Meier und Frau Dittrich beauftragt werden, diese Aufgabe federführend zu übernehmen.

Herr Meier bittet darum, dass die GV die Niederschrift zur Kenntnis bekommt.

Herr Zentsch fasst zusammen:

Der BA empfiehlt der GV die Bildung einer Arbeitsgruppe bestehend aus Frau Dittrich, Herr Meier und dem BGM mit der Zielstellung

- Feststellung der Eigentümer / Pachten / Institutionen
- Führen von Gesprächen mit den oben genannten
- Abstimmung mit Herrn Polzin bzgl. der Bepflanzung.

Abstimmungsergebnis:

Ja - Stimmen:	6
Nein - Stimmen:	0
Stimmenthaltung:	0

Auf die Vorlage, welche allen Ausschussmitgliedern zugegangen ist, wird verwiesen. Sie ist Bestandteil der Niederschrift und der Urschrift als Anlage beigelegt.

zu 7

Beratung zum Fördermittelantrag Feierhalle

Herr Zentsch sagt, dass der FM-Antrag im Landkreis wohlwollende Aufmerksamkeit gefunden hat und mit der Kostenaufstellung von 56 TEURergänzt wurde. Grundlage war in erster Linie die Zuarbeit von Herr Grunow. Frau Narajek wies im heutigen Telefonat daraufhin, dass wir uns Gedanken über unseren Eigenanteil von 19 TEUR machen sollten.

Herr Grunow äußert sein Missfallen, dass auf der außerplanmäßigen Sitzung die Zahlen überarbeitet werden sollten, um diese am Folgetag an den BGM zu melden. Es ergab sich eine neue Berechnung von 63 TEUR. Diese stimmt jedoch nicht mit den Zahlen der Kostenaufstellung zum FM- Antrag überein. Warum?

Herr Grunow mahnt die Zahlenaufschlüsselung durch das Fachamt, Frau Pieper an und gibt zur Kenntnis, dass alles was nach der Aufschlüsselung Dach Zahlen von Herrn Friedrich kommt, fachlich falsch ist.

Herr Meier mahnt an, dass drei Angebote kommen sollten. Das wurde nicht geschafft.

Herr Grunow bemängelt, dass das Leistungsverzeichnis nicht ausreichend dargestellt ist und dem Landkreis nicht vorliegt.

Herr Meier bittet um die Einreichung der Kostenkalkulation und die Abgabe von Angeboten. Er fordert die Ausarbeitung von richtigen Fachfirmen.

Herr Zentsch bittet Herrn Meier um die kurzfristige Klärung mit Frau Zlatic, welche Dinge dem FM - Antrag noch beigefügt werden müssen und uns darüber zu informieren.

Herr Grunow weist noch einmal darauf hin, dass das Problem mit der Differenz der 7 TEUR in der Gesamtmaßnahme hier noch ungeklärt und offen ist.

Frau Dittrich macht auf folgende Problematik aufmerksam, dass lt. FM - Antrag bereits im Jahr 2000 Fördermittel in Höhe von ca. 18 TEUR geflossen sind. Sie hat sich daraufhin mit dem damaligen Planungsamt in Verbindung gesetzt und über Frau Krüger folgende Information erhalten: Gesamtmaßnahme betrug 40.858,13 DM (davon wurden für Herrichten / Erschließen Baustelle 4.800 DM, Fenster/ Außentüren ca. 18.500 DM, Deckenverkleidungen ca. 11.500 DM, Sonstiges 2.100 DM, Projektleitung ca. 2.600 DM, Projektsteuerung ca. 2.400 DM ausgegeben (Ing.büro Meincke). Damit sollen insgesamt 80 TEUR in die Feierhalle investiert werden.

Frau Dittrich erinnert an das Vorhaben des Toilettenneubaues in der Broderstorfer Schule bzgl. der Investitionen und dem Umgang mit Steuergeldern, die in keinem Verhältnis standen. Sie zieht den Vergleich zur Modernisierung der Feierhalle in unserer Gemeinde. Die Verhältnismäßigkeit entbehrt jeder Grundlage.

Desweiteren haben wir ein großes Problem mit unserem Gemeindebüro. (Anlage 2)

Herr Zentsch mahnt an, dass der FM- Antrag nicht zugunsten unseres Gemeindebüros gekippt werden kann. Das Problem der Trockenlegung muss jedoch angegangen werden.

Herr Meier sagt, er hüte davor, das eine gegen das andere abzuwägen. Er macht darauf aufmerksam, dass die Maßnahme aus 2000 nicht identisch ist mit 2008. Es geht hier um einen Einzelantrag. Wenn wir nun mit einem neuen Objekt kommen, sind wir draußen und sprechen von 2009. Wir müssen mit diesen Kostenvolumen leben.

Bzgl. des Gemeindebüros sind wir uns darüber einig, dass hier etwas gemacht werden muss. Einen Antrag noch für 2008 zu stellen, ist hoffnungslos. Wir sollten diesen für 2009 vorbereiten. Die konkrete Darstellung von Herr Grunow hilft, zu prüfen, ob ein Gutachten zum derzeitigen Zustand des Gemeindebüros angefertigt werden muss und im Zweifel sollten die nächsten Sitzungen im Amt durchgeführt werden.

Frau Dittrich meint, das Ansinnen war, die Höhe der Maßnahme zu bedenken, da ein Vorschlag auf Bürgerbeteiligung zum Vorhaben Feierhalle vorliegt, um es kostengünstiger zu machen.

Herr Meier sagt, dass es so nicht funktioniert, da der FM Antrag ein Einzelantrag ist und nicht ausgeschöpfte Mittel dann weg wären. Es geht nichts einzusparen.

Herr Grunow weist darauf hin, dass sich beim Abruf geringerer Fördermittel auch die Eigenleistungen verringern werden. Damit würden Mittel frei werden, die wir für das Gemeindebüro einsetzen könnten. Die Priorität bei der Feierhalle hat ganz eindeutig die Horizontal- und Vertikalsperre und die Erfordernisse zum Brandschutz. Der Rest sollte in Eigenleistung mit dem Einsatz der Bürger erfolgen. Uns passiert nichts, wenn wir die Fördermittel nicht voll abrufen!

Herr Zentsch fasst zusammen, es sollte geprüft werden, welche Maßnahmen kostengünstiger zu machen sind.

Der FM- Antrag bleibt zugunsten der Feierhalle bestehen. Das Leistungsverzeichnis muss überarbeitet und dem BA vorgelegt werden. Nach Bestätigung der Fördermittel sollte nach kostengünstigeren Lösungsmöglichkeiten gesucht werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja - Stimmen:	6
Nein - Stimmen:	0
Stimmenthaltung:	0

Auf die Vorlage, welche allen Ausschussmitgliedern zugegangen ist, wird verwiesen. Sie ist Bestandteil der Niederschrift und der Urschrift als Anlage beigelegt.

zu 8

Beratung Entwurf Straßenbaubeitragssatzung

Herr Zentsch begründet, warum er dieses Thema in die TO aufgenommen hat. Im Zusammenhang mit der Ortsdurchfahrt Steinfeld haben wir uns damit beschäftigt und wenn wir zukünftig Maßnahmen mit Fördermitteln durchführen wollen, brauchen wir eine Arbeitsgrundlage.

Den Passus im Text ... *rückwirkend aus 1991* ... halte ich für falsch. Der Gesetzgeber lässt hier höchstens 4 Jahre rückwirkend zu. Sollte geändert werden. Eigentlich ist die Straßenbaubeitragssatzung für uns unverzichtbar.

Herr Meier gibt zu Bedenken, dass es nur noch ganz wenige Gemeinden gibt, die noch ohne Satzung arbeiten. Wir brauchen eine. Ich unterstütze diese ab 2008.

Frau Dittrich gibt den Hinweis, dass nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes M V... mindestens 10 v. Hundert von den Bürgern zu tragen sind und bittet um Klärung, wie 75% von den Bürgern getragen werden sollen. Wer hat diese Zahlen aufgestellt und kann man hier korrigieren?

Herr Grunow ergänzt dazu, dass die Festsetzungen von Land zu Land unterschiedlich sind. Die Bürger haben hier das Mittel der Rechtsprechung. Wir sollten hier beachten, dass die Gemeinde zunächst ihre Hausaufgaben gemacht haben sollten und nachweislich an der Verbesserung, Erweiterung, Erneuerung und dem Umbau von Straßen, Wegen und Plätzen in den vergangenen Jahren etwas getan haben sollte, bevor der Bürger nun mit zur Kasse gebeten wird. Für zu hohes Verkehrsaufkommen kann der Bürger nichts. Dazu gibt es inzwischen viele Urteile, wenn wir bisher keine Selbsterhaltung vorgenommen haben. Der Kommune steht es frei, wie hoch der Anteil der Eigenleistung sein soll.

Herr Meier zieht seine Unterstützung unter diesem Gesichtspunkt zurück bzgl. der Höhe der Eigenbeteiligung.

Herr Grunow bekräftigt die Tatsache, dass das Land wenig davon übernehmen möchte und dem Bürger dafür mehr zu übertragen.

Frau Dittrich schlichtet, weil uns keine Zeit davon läuft und bittet zunächst um die Klärung des Sachverhaltes Status der OD Steinfeld (siehe Ausführungen von Herrn Grunow liegt jedem vor) und die Höhe der Beiträge durch das Amt abklären zu lassen. Herr Zentsch bestätigt dies als Zusammenfassung und bittet das Amt um die Abgabe einer Stellungnahme, da wir 2005 als Gemeinde nicht gefragt und angehört wurden.

Herr Meier bittet auf Grund der Tragweite für die Gemeinde, diese Thema in die nächste GV - Sitzung zu nehmen und das Amt um eine Aufstellung, welche Straßen in unserer Gemeinde Anliegerstraßen / Innerortsstraßen / Hauptverkehrsstraßen sind und die Erläuterung der Regelsätze dazu.

Abstimmungsergebnis:

Ja - Stimmen:	6
Nein - Stimmen:	0
Stimmenthaltung:	0

Auf die Vorlage, welche allen Ausschussmitgliedern zugegangen ist, wird verwiesen. Sie ist Bestandteil der Niederschrift und der Urschrift als Anlage beigelegt.

zu 9

Vorbereitung eines freiwilligen Arbeitseinsatzes - Regenentwässerung Gemeindebüro

Herr Zentsch gibt Informationen zum Zustand des Gemeindebüros. Es befindet sich ohne Zweifel in einem bedenklichen Zustand. Die Begehung durch Herrn Grunow, dem BGM, Herrn Meier und Herrn Zentsch ergab:

- Feuchtigkeitsschäden im Mauerwerk
- Mängel in der Fassadendämmung
- Mängel an der Dacheindeckung Vordach
- ungenügende Ableitung des Regenwassers vom Objekt
- Gefahr von gesundheitsschädigender Pilz-Schimmelbildung.

Begünstigend auf die Schäden wirkt die ungenügende Belüftung und die sporadische Beheizung.

Grundsätzlich wäre die Sanierung der Gemeindevorrichtung förderfähig.

Notwendig ist:

- Mauerwerkstrockenlegung
- Entfernung der schadhaften Fassadendämmung
- Erneuerung der Fassadendämmung
- Erneuerung etwa 3 qm Weichdach und Anbindung an Gebäude über dem Eingang
- Ableitung des Regenwassers vom Objekt

Herr Meier schlägt vor, das die Gesundheitsgefährdung zuerst geprüft werden muss.

Herr Zentsch setzt uns in Kenntnis, dass Frau Narajek (auf Anfrage von Frau Eckart, es wären bereits 2000 Gelder in das Büro geflossen, wie hoch und für welche Arbeiten dies erfolgt sei) ihn um 16.30 Uhr angerufen hätte und folgendes bestätigt hat:

2000 wurden 56 TDM für Modernisierung Heizung, Sanitäreinrichtungen, Fliesen, Fenster, Dach und Wärmedämmung ausgegeben. Daraufhin hat Herr Zentsch alle Ausführungen von Frau Narajek angefordert. Die Gewährleistungsfristen sind alle um. Es ist nichts erfolgt.

Frau Dittrich weist dies energisch zurück, bereits in 2004 hatte der BA diese Thema auf der TO und hatte die GV darüber informiert. Trotz mehrerer Anträge wurde dies niemals auf die TO genommen und konnte damit nicht diskutiert werden, um Maßnahmen einzuleiten, denn hier wäre man noch in der Frist gewesen. Dazu sollte der BGM in die Pflicht genommen werden.

Herr Meier bittet um die Analysierung des Sachverhaltes.

Herr Zentsch empfiehlt der GV, ein Gutachten erstellen zu lassen hinsichtlich des Bautenstandes und zu prüfen, ob hier eine Gesundheitsgefährdung vorliegt, und welche Maßnahmen einzuleiten sind.

Vorläufig sollte es bis zur Klärung keinen Arbeitseinsatz geben.

Abstimmungsergebnis:

Ja - Stimmen:	6
Nein - Stimmen:	0
Stimmenthaltung:	0

Auf die Vorlage, welche allen Ausschussmitgliedern zugegangen ist, wird verwiesen. Sie ist Bestandteil der Niederschrift und der Urschrift als Anlage beigelegt.

zu 10

Beratung zur Lösung für Wendemöglichkeiten Müllabfuhr und Winterdienst in Fienstorf - Klärung eines Stellplatzes für Abfallbehälter am Abholtag Fienstorf (altes Gutshaus)

Herr Zentsch erläutert die Problematik, die Gemeinde müsste Flächen ankaufen, wobei westlich in Fienstorf kein Wendeproblem bestehe, sondern östlich. Der Eigentümer Herr Tesmer wäre bereit, Flächen zu Ackerlandpreisen zu verkaufen.

Herr Grunow weist daraufhin, dass der Wenderadius 22 Meter für solche Fahrzeuge betragen muss und diese Flächen müssten mindestens gekauft werden.

Herr Meier schlägt vor, mit der ALBA einen Vororttermin zu vereinbaren, um die Vor- und Rückstoßmöglichkeiten zu bereden und für eine unkomplizierte Einigung zu protokollieren.

Dazu müssten 2 Flächen gekauft werden, deren Kosten sollten in Erfahrung gebracht werden und die Befestigung könnte durch Eigenleistung der Bürger organisiert werden.

Herr Grunow weist daraufhin, dass die Straße Öfthenhävener Weg 8 10 eine Privatstraße ist.

Herr Zentsch empfiehlt, dass die GV einen Platz für die Abstellung der Mülltonnen für die Privatstraße bestimmt. Dies sollte mit den entsprechenden Eigentümern abgesprochen werden.

Herr Grunow, Herr Meier sollen einen Termin mit ALBA vereinbaren und uns auf dem nächsten BA am 07.05.2008 informieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja - Stimmen:	6
Nein - Stimmen:	0
Stimmenthaltung:	0

Auf die Vorlage, welche allen Ausschussmitgliedern zugegangen ist, wird verwiesen. Sie ist Bestandteil der Niederschrift und der Urschrift als Anlage beigelegt.

zu 11

**Vorentwurf des Regionalen Raumentwicklungsprogramms der Planungsregion Mittleres Mecklenburg/Rostock
Vorlage: BV/BAU/041/2008**

Herr Zentsch bittet um die Streichung auf der Beschlussvorlage vom Amt unten die Bezeichnung "... Gemeindehauptstandort.." und durch Oberzentrum zu ersetzen.

Herr Zentsch hat im gesamten Projekt herausgelesen, wie unsere Gemeinde Steinfeld in das Raumentwicklungsprogramm reingepasst sein könnte. Zum einen aus statistischen

Gründen (wegen der Verdoppelung der Einwohnerzahlen zwischen 1995 und 2001) und zum anderen, weil 40% der erwerbstätigen Einwohner unserer Gemeinde nach Rostock pendeln. Die Gemeinden Mandelshagen, Thulendorf, Blankenhagen gehören zum erweiterten Nahbereich Rostock und uns obliegt es nicht, abzuwägen, ob wir dazugehören wollen oder nicht.

Die Gemeinde sollte sich eine Position erarbeiten, welche Stellung wir beziehen, vor allem ist es die Aufgabe der GV und nicht die des Amtes. Nicht die Ämter haben zu bestimmen, welche Gemeinden zusammengehen.

Herr Zentsch schlägt vor, der GV zu empfehlen, Kontakte zu anderen Gemeinden aus den Ämtern der Rostocker Heide und Carbak herzustellen.

Herr Meier meint, dieses Thema gehört in die GV. Wir sollten es aktiv anpacken, denn mit Sanitz wurde bereits gesprochen. Es sollte auch mit Bentwisch geschehen, z. Bsp. als Großgemeinde Carbak usw.. Wir müssen die Zeit für eine politische Willensbildung nutzen.

Frau Ditrich fragt, was mit den übrigen 60% unserer Einwohner ist, die keine Beziehung zu Rostock haben. Warum sollen die sich mit dieser Zuordnung abfinden?

Die Grundsätze der Raumordnung sind festgelegt. Zum Thema Windenergie stand 1994 unsere Gemeinde nicht bei den Eignungsgebieten. Aus dem Programm geht jedoch hervor, dass die ... Eignungsgebiete Nr. 1 bis 73 (wir sind Nr. 2/4 in der Grundkarte: Broderstorf, Steinfeld, Bentwisch, Klein Kussewitz) aus dem bisher geltenden Reg. Raumordnungsprogramm übernommen wurden. Sie sind bis zum Jahr 2005 größtenteils mit Windenergieanlagen bebaut worden. (Siehe Seite 70)... **Jetzt hat man unsere Gemeinde einfach Broderstorf zugeordnet, ohne unsere Zustimmung einzuholen.** Es sollte in die Stellungnahme aufgenommen werden, dass wir bereits 2005 gesagt haben, mit den anderen Gemeinden den Schulterschluss vorzunehmen, weil dies mehr Gewicht hat. (Anlage 3)

Herr Zentsch sagt, auf Grund der Windkarten wurden neue Eignungsgebiete erstellt. Broderstorf und Klein Kussewitz wollen die Windenergie. Wir haben da keine Chance, mit denen auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen.

Herr Meier betont, dass Verwaltungsstrukturen auf uns zukommen. Dazu sollten wir uns positionieren. Es sollte einen Zusammenschluss geben entweder mit Sanitz oder Carbak oder eine Neuaufeilung Gürtelbereich Rostock. Die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten 20 Jahren wird zeigen, was für uns abfällt. Deshalb sollten wir mit allen Seiten sprechen, wo sie, wir und die Gemeinden hinwollen.

Frau Ditrich setzt sich ebenfalls dafür ein, dass wir mit allen Gebietskörperschaften sprechen sollten und bittet darum, dass nicht die Ämter oder Bürgermeister die Gespräche führen, sondern die Gemeindevertreter.

Herr Grunow schließt sich an, das die Verhandlungen die GV führt und nicht der BGM allein. Die Chancen für ein neues Gebilde Carbak wird es durch das Oberzentrum Rostock nicht geben, weil Broderstorf und Roggentin zu Rostock gehören. Graal Müritz wird eventuell mit der Rostocker Heide ein neues Amt werden. Dann bleibt nur die Perspektive, mit anderen Gemeinden über einen Zusammenschluss zu reden.

Herr Meier sagt, er wirbt dafür, mit infrastrukturstarken Gemeinden, wie Bentwisch, Poppendorf Broderstorf usw. zu sprechen.

Herr Zentsch fasst zusammen, der BA empfiehlt der GV Gespräche zur perspektivischen Entwicklung aufzunehmen und das Thema **nicht auf Ämter- und BGM-Ebene zu belassen.**

Beim Durcharbeiten des Reg. Raumentwicklungsprogramms Mittleres Mecklenburg stellten wir fest, dass wir in das Eignungsgebiet Nr. 2/4 der Grundkarte bzgl. der Windenergieanlagen übernommen wurden. Dies trifft für uns nicht zu.

Wir sind dem ländlichen Raum zuzuordnen und halten fest, nicht zum SUR Gebiet

zu gehören und verweisen auf unseren Beschluss der GV Nr. 01/04/2008.

Abstimmungsergebnis:

Ja - Stimmen:	8
Nein - Stimmen:	0
Stimmenthaltung:	0

Auf die Vorlage, welche allen Ausschussmitgliedern zugegangen ist, wird verwiesen. Sie ist Bestandteil der Niederschrift und der Urschrift als Anlage beigelegt.

zu 12. **überplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr 2007**
Vorlage: BV/KAM/026/2008

Der Finanz-, Bau- und Dorfneuerungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung folgenden

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Steinfeld beschließt in ihrer Sitzung am 02.04.2008 nach Prüfung des Vorliegens der Voraussetzungen des § 52 KV M-V die Eilentscheidung des Bürgermeisters vom 18.02.2008 für die überplanmäßigen Ausgaben auf den Haushaltsstellen 550000.717000 i. H. v. 565,71 EUR und 630000.520000 i. H. v. 96,34 EUR als unvorhergesehen, unabweisbar und gedeckt durch Mehreinnahmen für die Haushaltsstelle 550000.717000 auf der Haushaltsstelle 550000.177000 und durch Minderausgaben für die Haushaltsstelle 630000.520000 auf der Haushaltsstelle 630000.510000.

Abstimmungsergebnis:

Ja - Stimmen:	6
Nein - Stimmen:	0
Stimmenthaltung:	0

Auf die Vorlage, welche allen Ausschussmitgliedern zugegangen ist, wird verwiesen. Sie ist Bestandteil der Niederschrift und der Urschrift als Anlage beigelegt.

zu 13. **Abschluss Einigungsprotokoll gem. § 2 Abs. 1 Satz 6 VZOG**
Vorlage: BV/LIE/010/2008

Herr Zentsch hat alle Flurstücke besichtigt und erläutert den Ausschussmitgliedern die örtliche Lage an Hand der beigelegten Karten.
Das Amt sollte prüfen, was mit den Pachtverträgen bei Übernahme passiert und ob es Alt- oder andere Lasten gibt.
Es stehen noch Pachtverträge dieses Jahr aus. Wir sollten überlegen, ob diese neu ausgeschrieben werden, um möglicherweise höhere Pachteinahmen zu erzielen.
Im Einigungsprotokoll ist auf der ersten Seite mittig die Gemeinde Roggentin zu streichen und mit Steinfeld zu berichtigen.

Der Finanz-, Bau- und Dorfneuerungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung folgenden

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Steinfeld beschließt in ihrer Sitzung am

02.04.2008, mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern ein Einigungsprotokoll gemäß § 2 Absatz 1 Satz 6 VZOG hinsichtlich folgender Grundstücke in der Gemarkung Fienstorf, Flur 1 abzuschließen:

Flurstück	Größe in m ²
11	953
32	3.500
45	3.400
95/2	23
96/2	25
167	1.000
192	147
223	12
263	3.000
280	1.700
327	520

Der Bürgermeister und sein Stellvertreter werden beauftragt, das Einigungsprotokoll zu unterschreiben und zu siegeln.

Abstimmungsergebnis:

Ja - Stimmen: 6
Nein - Stimmen: 0
Stimmenthaltung: 0

Auf die Vorlage, welche allen Ausschussmitgliedern zugegangen ist, wird verwiesen. Sie ist Bestandteil der Niederschrift und der Urschrift als Anlage beigefügt.

Nichtöffentlicher Teil